



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 5

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 5

.....  
vom 11.03.2019

.....  
dell'11/03/2019

Präsident  
Vizepräsidentin  
Vizepräsident

Josef Nogger  
Rita Mattei  
Manfred Vallazza

Presidente  
Vicepresidente  
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 5

.....  
vom 11.03.2019

**Inhaltsverzeichnis**

Beschlussvorschlag: Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 26. Februar 2019, Nr. 110: Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Gesetzes vom 30. Dezember 2018, Nr. 145 (Haushaltsvoranschlag des Staates für das Finanzjahr 2019 und Mehrjahreshaushalt für den Dreijahreszeitraum 2019-2021.....Seite 3

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 5

.....  
dell'11/03/2019

**Indice**

Proposta di deliberazione: Ratifica della deliberazione della Giunta provinciale del 26 febbraio 2019, n. 110: Corte Costituzionale – impugnazione della legge 30 dicembre 2018, n. 145 (Bilancio di previsione dello Stato per l'anno finanziario 2019 e bilancio pluriennale per il triennio 2019-2021).  
.....pag. 3

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler****Ore 9.04 Uhr***Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Bessone, Deeg und Locher, sowie Landesrat Alfreider entschuldigt.

Einziger Tagesordnungspunkt der heutigen Sondersitzung ist die Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung, welche innerhalb von 10 Tage erfolgen muss. Heute ist der letzte Tag.

**Beschlussvorschlag: Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 26. Februar 2019, Nr. 110:** Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Gesetzes vom 30. Dezember 2018, Nr. 145 (Haushaltsvoranschlag des Staates für das Finanzjahr 2019 und Mehrjahreshaushalt für den Dreijahreszeitraum 2019-2021).

**Proposta di deliberazione: Ratifica della deliberazione della Giunta provinciale del 26 febbraio 2019, n. 110:** Corte Costituzionale – impugnazione della legge 30 dicembre 2018, n. 145 (Bilancio di previsione dello Stato per l'anno finanziario 2019 e bilancio pluriennale per il triennio 2019-2021).

**Bericht/Relazione**

*Im Ordentlichen Beiblatt Nr. 62/L zum Gesetzesanzeiger der Republik Nr. 302 vom 31. Dezember 2018 wurde das Gesetz vom 30. Dezember 2018, Nr. 145, "Haushaltsvoranschlag des Staates für das Finanzjahr 2019 und Mehrjahreshaushalt für den Dreijahreszeitraum 2019-2021", veröffentlicht.*

*Artikel 1 Absatz 1130 besagt, dass die Bestimmungen dieses Gesetzes auf die Regionen mit Sonderstatut und die Autonomen Provinzen von Trient und Bozen Anwendung finden, sofern sie mit den jeweiligen Statuten und entsprechenden Durchführungsbestimmungen, auch in Bezug auf das Verfassungsgesetz vom 18. Oktober 2001, Nr. 3, vereinbar sind.*

*Laut Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs sollte diese Schutzklausel dazu dienen auszuschließen, dass staatliche Bestimmungen direkt auf die Sonderautonomien angewandt werden, die mit den Autonomiestatuten und entsprechenden Durchführungsbestimmungen nicht im Einklang stehen, sofern sie nicht mit den besonderen, von den Statuten vorgesehenen Verfahren erlassen wurden (Urteile Nr. 229/2013 und Nr. 141/2015).*

*Trotz Schutzklausel enthält dieses Gesetz jedoch Bestimmungen, die sich ausdrücklich auch auf die Autonomen Provinzen beziehen, so dass die in der allgemeinen Schutzklausel enthaltene Absicherung der wörtlichen Diktion bestimmter einzelner Bestimmungen von detailliertem Inhalt, die ein unmittelbares Gebot darstellen, widerspricht und somit vereitelt wird, weshalb auch eine anpassende Auslegung, um sie mit der statutarischen Ordnung in Einklang zu bringen nicht möglich ist (Verfassungsgerichtshof, Urteile Nr. 412/2004, Nr. 228/2013, Nr. 40/2016, Nr. 231/2017, Nr. 94/2018). Dies hat zur Folge, dass die Schutzklausel laut Artikel 1 Absatz 1130 keinen angemessenen Schutz bietet.*

*Angesichts der den Autonomen Provinzen aufgrund des Autonomiestatuts und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen sowie des 5. Titels 2. Teil der Verfassung zuerkannten Zuständigkeiten, sind folgende Bestimmungen von institutioneller Relevanz für die Landesordnung und verletzen Landeszuständigkeiten und deren Finanzautonomie:*

*Artikel 1 Absätze 865 und 866*

*Artikel 1 Absatz 865 bestimmt, dass die Regionen und die Autonomen Provinzen für jene Körperschaften des Nationalen Gesundheitsdienstes, welche die von der geltenden Gesetzgebung vorgesehenen Zahlungsfristen nicht einhalten, die Verträge der jeweiligen Generaldirektoren und Verwaltungsdirektoren ergänzen, indem sie zwecks Zuerkennung der Ergebniszulage eine spezifische Zielsetzung zur Einhaltung der Zahlungsfristen aufnehmen. Der Anteil der Ergebniszulage, der an diese Zielsetzung gekoppelt ist, darf nicht weniger als 30 Prozent ausmachen.*

*Weiters wird vorgesehen, dass dieser Anteil der Ergebniszulage*

a) nicht zuerkannt wird, wenn die Gesundheitskörperschaft Verzögerungen von über 60 Tagen registriert oder wenn die Ausstände der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nicht zumindest um 10 Prozent reduziert werden,

b) zur Hälfte zuerkannt wird, wenn die Verzögerungen zwischen 31 und 60 Tagen liegen,

c) zu 75 Prozent zuerkannt wird, wenn die Verzögerungen zwischen 11 und 30 Tagen liegen,

d) zu 90 Prozent zuerkannt wird, wenn die Verzögerungen zwischen 1 und 10 Tagen liegen.

Der darauffolgende Absatz 866 bestimmt, dass die Regionen dem Arbeitstisch für die Überprüfung über die Erfüllung der Pflichten seitens der Regionen laut Artikel 12 des Einvernehmens vom 23. März 2005 zwischen dem Staat, den Regionen und den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen eine Bericht über die Anwendung von Absatz 865 und die Ergebnisse übermitteln. Die Übermittlung dieses Berichts gilt auch als Pflichterfüllung im Sinne und für die Wirkungen des Artikels 2 Absatz 68 Buchstabe c) des Gesetzes vom 23. Dezember 2009, Nr. 191, dessen Bestimmungen ab dem Jahre 2013 weiterhin Anwendung finden.

Was insbesondere die Regionen mit Sonderstatut und die Autonomen Provinzen von Trient und Bozen angeht, bestimmt der letzte Satz dieses Absatzes, dass diese dem besagten Arbeitstisch über den Stand der Anwendung von Absatz 865 berichten.

Es ist eindeutig, dass es hierbei um extrem detaillierte Bestimmungen handelt, die auch für die Autonomen Provinzen genaue Vorgaben enthalten.

In diesem Zusammenhang ist auch Artikel 1 Absatz 858 zu berücksichtigen, welcher besagt, dass die Bestimmungen laut den Absätzen von 859 bis 872 Grundsätze der Koordinierung der öffentlichen Finanzen im Sinne der Artikel 117 Absatz 3 und 119 Absatz 2 der Verfassung darstellen.

Auch wenn der Verfassungsgerichtshof mehrmals festgehalten hat, dass die vom Gesetzgeber vorgenommene Einstufung keinen Wahrnehmungscharakter hat und somit nicht verbindlich ist (Urteile Nr. 121/2014, n. 39/2014, Nr. 94/2018), ergibt sich aufgrund der Analyse dieser Bestimmungen, dass die Qualifizierung durch den Gesetzgeber nicht korrekt ist, zumal sie punktuelle Detailbestimmungen sind und nicht Grundsätze der Koordinierung der öffentlichen Finanzen zum Ausdruck bringen.

Folglich verletzen diese Bestimmungen aufgrund folgender Überlegungen die den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen zuerkannte Autonomie.

Das Autonomiestatut für Trentino Südtirol erkennt der Region ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse auf dem Sachgebiet der Ordnung der sanitären Körperschaften und der Krankenhauskörperschaften zu (Art. 4 Nr. 7 St.). Die Autonomen Provinzen haben laut Statut ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse auf dem Sachgebiet der Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals (Art. 8 Nr. 1 St.) und konkurrierende Gesetzgebungsbefugnisse auf dem Sachgebiet Hygiene und Gesundheitswesen, einschließlich der Gesundheits- und Krankenhaufürsorge (Art. 9 Nr. 10 St.) und üben auch die entsprechenden Verwaltungsbefugnisse aus (Art. 16 St.).

Mit der Reform des 5. Titels 2. Teil der Verfassung wurden mit Artikel 117 Absätze 3 und 4 der Verfassung, in Zusammenhang mit Artikel 10 des Verfassungsgesetzes vom 18. Oktober 2001, Nr. 3, die Gesetzgebungsbefugnisse der Autonomen Provinzen bestätigt und diese auf das Sachgebiet „Gesundheitsschutz“ ausgedehnt, der laut Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 328/2006 eine größere Tragweite hat.

Laut diesem Urteil, in welchem auch frühere Urteile angeführt sind, ist das Gesundheitswesen aufgeteilt zwischen der konkurrierenden regionalen Zuständigkeit des „Gesundheitsschutzes“, die viel umfassender als das bisherige Sachgebiet Gesundheits- und Krankenhaufürsorge ist (Urteile Nr. 181/2006 und Nr. 270/2005), und jener der Gesundheitsorganisation, bei welcher die Regionen eine eigene Regelung treffen können, die auch jene des Staates ersetzen kann (Urteil Nr. 510/2002).

Die entsprechenden Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut sehen vor, dass die Region den Aufbau der Einrichtungen im Gesundheitswesen regelt, währendem den Autonomen Provinzen die Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse für den Betrieb und die Führung der Einrichtungen im Gesundheitswesen zustehen (Art. 2 DPR vom 28. März 1975, Nr. 474).

In Anwendung dieses Grundsatzes sieht Artikel 1 des Regionalgesetzes vom 20. Jänner 1992, Nr. 1 (Bestimmungen über die Einzelheiten bei der Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutze der Gesundheit), vor, dass die Aufgaben zum Schutz der Gesundheit außerdem durch Sonderbetriebe mit Organisations-, Verwaltungs-, Vermögens- und Rechnungsführungsautonomie wahrgenommen werden, wobei es den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen vorbehalten wird, die Größe, die Anzahl, die Einzelheiten über die Tätigkeit und den Aufbau dieser Betriebe zu regeln.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu berücksichtigen, dass der Landesgesundheitsdienst ausschließlich von den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen finanziert wird.

Artikel 34 Absatz 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 1994, Nr. 724, sieht nämlich vor, dass die Autonomen

Provinzen von Trient und Bozen sowie die Region Aostatal/Vallée d'Aoste den Gesundheitsdienst auf ihrem Gebiet ohne jegliche Finanzierung seitens des Staates finanzieren, wobei sie vorwiegend die von den Gesundheitsbeiträgen herrührenden Einnahmen (Art. 11 Absatz 9 GvD vom 30. Dezember 1992, Nr. 502) und - zur Ergänzung - eigene Ressourcen verwenden.

Diesbezüglich ist es ständige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes, dass die Einführung von Ausgabenbeschränkungen im Gesundheitswesen zu Lasten jener Körperschaften, welche die entsprechenden Ausgaben allein decken, nicht gerechtfertigt ist.

Insbesondere im Urteil Nr. 231/2017 hat der Verfassungsgerichtshof Folgendes festgehalten:

“9.3.3. ... Dieser Gerichtshof konnte mit dem Urteil Nr. 251/2016 bereits präzisieren, dass die staatlichen Bestimmungen in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Behandlung (unter vielen, Urteile Nr. 211/2014 und Nr. 61/2014) oder auf jeden Fall mit dem privatisierten Arbeitsverhältnis (Urteil Nr. 72/2017), Auswirkungen auf Sachbereiche haben, die auf die ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis des Staates auf dem Sachgebiet «Zivilgesetzgebung» laut Art. 117 Absatz 2 Buchstabe l) Verf. zurückzuführen sind. Allerdings wurde mit demselben Urteil auch zuerkannt, dass es unbestreitbar ist, dass diese Bestimmungen auch konkurrierenden Zuständigkeiten des Staates zugeordnet werden können, wie die Festlegung von Grundsätzen auf dem Sachgebiet «Gesundheitsschutz» laut Art. 117 Absatz 3 Verf., sofern es die Regelung der Führungspositionen im Gesundheitsbereich betrifft, oder der residualen Zuständigkeit der Regionen auf dem Sachgebiet der Ordnung und Verwaltungsorganisation – insbesondere, im gegebenen Fall, auf dem Sachgebiet der Ordnung der eigenen Ämter und des zugeordneten Personals (Art. 8 Nr. 1 des Statuts) –, wenn sie so weit gehen, «die öffentlichen Wettbewerbsverfahren für den Zugang zu den Führungspositionen (so wie für den öffentlichen Dienst im allgemeinen: Urteile Nr. 310/2011 und Nr. 324/2010), die Erteilung des Auftrags (Urteil Nr. 105/2013) und die Dauer derselben zu regeln» (Urteil Nr. 251/2016).

9.3.4.– Die gerügten Bestimmungen sind auch auf die staatlichen Zuständigkeiten auf dem Sachgebiet der Grundsätze der «Koordinierung der öffentlichen Finanzen» zurückzuführen.

Insbesondere blickt dort durch, wo der staatliche Gesetzgeber auf die Notwendigkeit einer «effizienteren Zuweisung der verfügbaren menschlichen Ressourcen» lenkt, wo er sich auf «Einschränkungen der Personalkosten» bezieht, wo er die «Maßnahmen zum Abbau» erwähnt (Absatz 541) und mit noch größerer Offensichtlichkeit in Absatz 544, wo er «die Einhaltung des vorgesehenen finanziellen Rahmens» aufzwingt.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die, auch jüngste, ständige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (Urteile Nr. 263/2015 und Nr. 239/2015) die Auffassung vertritt, dass die Grundsätze der «Koordinierung der öffentlichen Finanzen», die von der staatlichen Gesetzgebung vorgesehen sind, in der Regel auch auf die Sonderautonomien Anwendung finden (Urteil Nr. 36/2004; in der Folge, Urteile Nr. 54/2014, Nr. 229/2011, Nr. 169/2007, Nr. 82/2007, Nr. 417/2005 und Nr. 353/2004); dies unter der Voraussetzung, dass sie dazu dienen, Haushaltsdefiziten vorzubeugen, das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht der Gesamtheit der öffentlichen Verwaltungen zu bewahren und die wirtschaftliche Einheit der Republik zu gewährleisten (Urteil Nr. 82/2015); dies angesichts des Umstandes, dass die Finanzen der Regionen mit Sonderstatut Teil der erweiterten öffentlichen Finanzen sind (Urteil Nr. 80/2017). Aufgrund dieser Überlegungen ist davon auszugehen, dass die Intervention des staatlichen Gesetzgebers, mit welcher den autonomen Körperschaften Verpflichtungen hinsichtlich der Finanzpolitik auferlegt werden, rechters ist (Urteil Nr. 191/2017); dies sowohl dann, wenn das verfolgte Ziel darin besteht, die Ausgaben als solche einzudämmen, als auch dann, wenn es – wie im gegebenen Fall – in der Steigerung der Effizienz besteht (Urteile Nr. 192/2017 und Nr. 272/2015).

Allerdings muss auch daran erinnert werden, dass dieser Gerichtshof bereits mehrmals (zuletzt, Urteil Nr. 75/2016) beteuert hat, dass das Staatsgesetz keine Beschränkungen der Gesundheitsausgaben der Autonomen Provinzen von Trient und Bozen durchsetzen kann, zumal sich der Staat in keinsten Weise an der Finanzierung des Landesgesundheitsdienstes beteiligt; dieser wird zur Gänze durch Landeseinnahmen unterhalten.

9.4.– Angesichts der vorstehenden Ausführungen ist es offensichtlich, dass die angefochtenen Bestimmungen gleichzeitig Auswirkungen auf eine Vielzahl von Zuständigkeiten, sowohl des Staates, als auch der Regionen und der Provinzen, die miteinander unauflöslich verknüpft sind, so dass keine von ihnen vorherrschend ist, sondern jede von ihnen zur Verwirklichung des umrissenen Vorhabens der Gesetzesmaßnahme beiträgt. Wie gesagt, sind die angefochtenen Bestimmungen auf eine Vielzahl von Zuständigkeiten, die dem Staat zustehen, sowohl ausschließliche, wie auf den Sachgebieten WBS und «Zivilgesetzgebung», als auch konkurrierende, wie auf den Sachgebieten «Gesundheitsschutz» und «Koordinierung der öffentlichen Finanzen». Allerdings rechtfertigt die Ausübung dieser Zuständigkeiten keine Beschränkungen der Gesundheitsausgaben jener Körperschaften, welche die entsprechenden Ausgaben autonom decken. Aus diesem Grund sind die von den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen aufgeworfenen Verfassungsfragen hinsichtlich Art. 1 Absätze 541 (im restlichen Teil), 542, 543 und 544 als unbegründet zu betrachten; allerdings unter der Bedingung, dass diese gerügten Bestimmungen dahin ausgelegt werden, dass sie auf die zwei Provinzen angewandt werden, ohne dass deren Autonomie in puncto Gesundheitskosten beschränkt wird, da diese nicht vom Staat finanziert

wird.”

Selbst wenn die Bestimmungen laut Absatz 865 Grundsätze der Koordinierung der öffentlichen Finanzen darstellen würden, ist zu berücksichtigen, dass auf den Sachgebieten, die laut Statut den autonomen Provinzen zuerkannt sind, einschlägige Durchführungsbestimmungen (Art. 2 GvD vom 16. März 1992, Nr. 266, “Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für Trentino-Südtirol über die Beziehung zwischen staatlichen Gesetzgebungsakten und Regional- und Landesgesetzen sowie über die staatliche Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis”) für diese nur die Verpflichtung vorsehen, ihre Gesetzgebung den Grundsätzen und Bestimmungen, die die in den Artikeln 4 und 5 des Autonomiestatuts angeführten Grenzen darstellen und in einem Gesetzgebungsakt des Staates enthalten sind, innerhalb der sechs Monate nach Veröffentlichung des genannten Aktes im Gesetzblatt der Republik oder innerhalb der darin festgelegten längeren Frist anzupassen und dass bis dahin die bestehenden Gesetzesbestimmungen des Landes weiterhin Anwendung finden. Dieser Mechanismus findet sich auch in Artikel 79 Absatz 4 des Statuts wieder.

Bezüglich dieser Bestimmung enthält das Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nr. 380/1997 folgende Aussagen:

„Art. 2 des GvD Nr. 266/1992, der die oben erwähnte Regelung in Bezug auf die Beziehungen zwischen staatlicher und regionaler Gesetzgebung enthält, verbietet es dem staatlichen Gesetzgeber – unbeschadet jene Fälle in denen die unmittelbare Anwendbarkeit von staatlichen Gesetzen (Verfassungsgesetze, Gesetzgebungsakte des Staates auf den Sachgebieten, auf welchen der Region oder der autonomen Provinz staatliche Befugnisse übertragen sind oder Gesetzgebungsbefugnis zur Ergänzung staatlicher Bestimmungen) vorgesehen ist – den Bestimmungen, die er auf Sachgebieten, die in den Zuständigkeitsbereich der Provinz fallen, erlässt, unverzügliche und direkte Anwendbarkeit zu verleihen, welche gegenüber der bestehenden Landesgesetzgebung überwiegt.

Die Durchführungsbestimmungen gewähren somit der Provinz einen zeitlichen Rahmen, um die eigene Gesetzgebung den Grenzen, die laut Statut von den neuen Staatsgesetzen herrühren, anzupassen und schließen aus, dass während dieser Anpassung (...) eine Anwendbarkeit der staatlichen Bestimmungen, die Landesbestimmungen automatisch ersetzen. Aus diesem Grund ist auch vorgesehen, dass die staatliche Regierung die nicht angepasste Landesgesetzgebung innerhalb einer weiteren Frist, die ab dem Ablauf der Frist für die Anpassung zu laufen beginnt, anfechten kann (...).

Dieses System bewirkt, dass ein Staatsgesetz, welches auf einem Sachgebiet von Landeszuständigkeit in einem Bereich erlassen wird, der sich von jenem laut Absatz 4 des besagten Art. 2 unterscheidet, und das den Anspruch erhebt, auch auf dem Gebiet der Autonomen Provinzen unverzüglich und direkt anwendbar zu sein, wegen Verletzung der Durchführungsbestimmung – von der mit einem ordentlichen Staatsgesetz nicht abgewichen werden kann (Urteile Nr. 38/1992, Nr. 40/1992; Nr. 69/1995) – für jenen Teil widerrechtlich ist, für welchen ihm die Wirkung zuerkannt wird.

Aufrecht bleibt jedoch, dass das nachträgliche Staatsgesetz, sofern es neue Grundsätze oder aufgrund des Statuts neue verbindliche Bestimmungen enthält, den Landesgesetzgeber verpflichtet, sich innerhalb der festgesetzten Frist anzupassen. Eine unterlassene Anpassung innerhalb dieser Frist bewirkt die nachträgliche Verfassungswidrigkeit der nicht angepassten Landesgesetzgebung, die sowohl jederzeit im Rahmen einer Verfassungsmäßigkeitsvorfrage in Verfahren, in welchen diese zum Tragen kommen sollte, als auch direkt mittels Rekurs seitens der nationalen Regierung im Sinne von Art. 97 des Autonomiestatuts und von Art. 2 Absätze 2 und 3 GvD Nr. 266/1992 angefochten werden.“

Es ist offensichtlich, dass die Bestimmungen nach Artikel 1 Absatz 865 auf jeden Fall mit diesem statutarischen Grundsatz, der die Anpassung der Landesgesetzgebung an verbindliche Grundsatzbestimmungen regelt und der jüngst vom Verfassungsgerichtshof bekräftigt wurde (Urteil Nr. 198/2018), widersprechen.

Der Verfassungsgerichtshof hat auch staatliche Bestimmungen auf dem Sachgebiet des Gesundheitsschutzes, die vom Gesetzgeber für direkt auf die Autonomen Provinzen anwendbar qualifiziert hatte, für verfassungswidrig erklärt, da festgestellt wurde, dass sie diesem Grundsatz zuwiderlaufen (Urteil Nr. 301/2013).

Auf jeden Fall hat das Land Südtirol seine Zuständigkeiten wahrgenommen, indem es die Organisation des Landesgesundheitsdienstes geregelt hat, und zwar mit dem Landesgesetz vom 21. April 2017, Nr. 3, „Organisationsstruktur des Landesgesundheitsdienstes“. Dieses Landesgesetz regelt auch das Monitoring und das Controlling des Südtiroler Sanitätsbetriebs und sieht auch die Bewertungsmodalitäten für die Mitglieder der Direktion des Betriebs, auch in Hinblick auf die Auszahlung von allfälligen Ergebniszulagen, vor. Außerdem ist vorgesehen, dass bei der Bewertung berücksichtigt wird, inwieweit die Ziele im Gesundheitsbereich und das wirtschaftliche Gleichgewicht des Sanitätsbetriebs auch in Bezug auf die Gewährleistung der wesentlichen Betreuungsstandards unter Wahrung der Angemessenheit, Effizienz, Wirksamkeit, Qualität und Sicherheit erreicht wurden.

Dadurch, dass Artikel 1 Absatz 865 des staatlichen Haushaltsgesetzes Detailbestimmungen bzw. punktuelle Maßnahmen, die für die autonomen Provinzen unverzüglich verbindlich sind, und nicht Grundsätze der

Koordinierung der öffentlichen Finanzen, beinhaltet, verletzt er die Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Verwaltungsbefugnisse der Autonomen Provinzen auf den Sachgebieten der Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals sowie des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsfürsorge, welches auch die Organisation des Gesundheitsdienstes umfasst, sowie die Finanzautonomie derselben, was die Ausgaben im Gesundheitsbereich angeht. Er steht somit im Widerspruch zur verfassungsrechtlichen Regelung, laut welcher die Autonomen Provinzen verpflichtet sind, ihre Gesetzgebung gegebenenfalls an die Grundsätze anzupassen, anstatt die staatlichen Bestimmungen direkt anzuwenden.

Es sei noch einmal bekräftigt, dass jene staatlichen Bestimmungen, die sich nicht auf allgemeine Aussagen, die der Kategorie der Grundsätze zuzuordnen sind, beschränken, sondern eine Detailregelung darstellen, rechtswidrig sind und dass der Staat keine Befugnis hat, Bestimmungen zur Koordinierung der öffentlichen Finanzen zu erlassen, die die Modalitäten zur Eindämmung der Gesundheitsausgaben betreffen, die ausschließlich von den Sonderautonomien getragen werden (Urteile Nr. 125/2015 und Nr. 231/2017).

Auf jeden Fall sind die finanziellen Beziehungen zwischen dem Staat und den Autonomen Provinzen vom am 15. Oktober 2014 unterschriebenen Abkommen geregelt, mit welchem in erschöpfender Weise die Natur und die Maßnahmen, mit denen sich die Autonomen Provinzen an den Prozessen zum Ausgleich der öffentlichen Finanzen beteiligen, geregelt wird und vor allem das Ausmaß festgelegt, in welchem die Beteiligung der Region und der Autonomen Provinzen gewährleistet wird (Verfassungsgerichtshof, Urteil Nr. 103/2018).

Auch muss berücksichtigt werden, der 6. Titel des Autonomiestatuts erkennt der Region und den Autonomen Provinzen eine besondere Finanzautonomie zu. Artikel 79 regelt in erschöpfender Weise die Grenzen und die Modalitäten des Beitrags der Autonomen Provinzen zur Verwirklichung der Ziele des Finanzausgleichs und der Solidarität sowie zur Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen, die von der gemeinschaftlichen Ordnung, vom internen Stabilitätspakt und von anderen, in staatlichen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen zur Koordinierung der öffentlichen Finanzen herrühren, so dass die für die Regionen und die anderen Körperschaften im restlichen Staatsgebiet ergriffenen Maßnahmen keine Anwendung finden.

Insbesondere sieht Absatz 4 dieses Artikels vor, dass die Autonomen Provinzen für die in ihre Zuständigkeit fallenden Körperschaften des erweiterten territorialen Regionalsystems (worunter auch die Körperschaften des Landesgesundheitsdienstes fallen) die öffentlichen Finanzen gemäß den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen des Staates koordinieren, indem sie ihre Gesetzgebung im Sinne von Artikel 2 GVD Nr. 266/1992 anpassen und folglich eigene autonome Maßnahmen zur Ausgabenrationalisierung und -eindämmung ergreifen. Auch die konsolidierte Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes hat in Bezug auf die Organisation des Gesundheitswesens und unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die Autonomen Provinzen für die Gesundheitsausgaben eigenständig aufkommen, diese von der direkten Anwendbarkeit von staatlichen Bestimmungen zur Koordinierung der öffentlichen Finanzen auf diesem Sachgebiet ausgenommen.

Mit dem Urteil Nr. 103/2018 hat der Verfassungsgerichtshof festgehalten, dass das zwischen der Regierung, der Autonomen Region Trentino-Südtirol und den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen im Sinne von Artikel 104 des Autonomiestatuts am 15. Oktober 2014 abgeschlossene Abkommen das einzige (aller in diesem Zeitraum von allen Sonderautonomien unterschriebenen Abkommen) ist, das eine besondere Wertbeständigkeit hat. Dieses Einvernehmen, das bis zum Jahre 2022 sämtliche finanziellen Beziehungen zwischen dem Staat und den besagten Körperschaften regelt, schließt die Möglichkeit von verschlechternden Änderungen aus; davon ausgenommen sind außerordentliche Notwendigkeiten der öffentlichen Finanzen, aber nur für Beträge, die darin bereits festgeschrieben worden sind. Somit ist es das einzige Abkommen, das die Auferlegung von weiteren Beiträgen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen ausdrücklich an besondere Bedingungen knüpft, was sogar soweit gehen kann, dass die einseitige Befugnis des Staates schon unter dem Gesichtspunkt des „ob“ eingeschränkt werden kann.

Die gerügten Bestimmungen wären auf jeden Fall widerrechtlich, weil sie nicht im Einvernehmen oder in Zusammenarbeit mit den Autonomen Provinzen erlassen wurden, so dass sie auch aus diesem Grund im Widerspruch zu den besagten statutarischen Parametern und zum verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit stehen.

Somit steht Artikel 1 Absätze 865 und 866 auch im Widerspruch zum 6. Titel des Autonomiestatuts, insbesondere Artikel 79, zu den Artikeln 103, 104 und 107 desselben Statuts sowie zum Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit.

Aus all diesen Gründen können die Autonomen Provinzen auch nicht verpflichtet werden, dem Arbeitstisch für die Überprüfung über die Erfüllung der Pflichten seitens der Regionen laut Artikel 12 des Einvernehmens vom 23. März 2005 zwischen dem Staat, den Regionen und den Autonomen Provinzen von Trient und Bozen über den Stand der Anwendung von Absatz 865 zu berichten, zumal sich die beiden Provinzen mit dem besagten Arbeitstisch rein im Sinne einer guten Zusammenarbeit auszutauschen. Somit werden auch die Grundsätze der loyalen Zusammenarbeit und der Vernünftigkeit bzw. Angemessenheit verletzt. Zudem enthält das besagte Einvernehmen ausdrücklich eine Klausel zum Schutz der Besonderheit der Autonomen Provinzen.

*Angesichts der bisherigen Ausführungen besteht die Notwendigkeit, die genannten staatlichen Bestimmungen vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten.*

*Da die angeführten Bestimmungen somit die besagten Landeszuständigkeiten, die Verordnungsgewalt des Landes, die entsprechenden statutarischen Bestimmungen und Durchführungsbestimmungen, die Finanzautonomie des Landes, verschiedene Bestimmungen der Verfassung, auch in Zusammenhang mit Artikel 10 des Verfassungsgesetzes vom 18. Oktober 2001, Nr. 3, sowie die Grundsätze der Vernünftigkeit bzw. Angemessenheit und der loyalen Zusammenarbeit verletzen, hat die Landesregierung angesichts der Dringlichkeit die von Artikel 54 Absatz 1 Ziffer 7) des Autonomiestatuts vorgesehene Befugnis wahrgenommen und mit Beschluss Nr. 110 vom 26. Februar 2019 beschlossen, Artikel 1 Absätze 865 und 866 des Gesetzes vom 30. Dezember 2018, Nr. 145 (Haushaltsvoranschlag des Staates für das Finanzjahr 2019 und Mehrjahreshaushalt für den Dreijahreszeitraum 2019-2021), vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten.*

*Ich vertraue darauf, dass dieser löbliche Südtiroler Landtag die Entscheidung der Landesregierung teilt und deren Beschluss Nr. 110 vom 26. Februar 2019 ratifiziert.*

-----

*Nel Supplemento ordinario n. 62/L alla Gazzetta Ufficiale della Repubblica n. 302 del 31 dicembre 2018 è stata pubblicata la legge 30 dicembre 2018, n. 145, recante "Bilancio di previsione dello Stato per l'anno finanziario 2019 e bilancio pluriennale per il triennio 2019-2021".*

*Il comma 1130 dell'articolo 1 stabilisce che le disposizioni della presente legge si applicano alle Regioni a statuto speciale e alle Province autonome di Trento e di Bolzano compatibilmente con i rispettivi statuti e le relative norme di attuazione, anche con riferimento alla legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3.*

*Secondo l'insegnamento della Corte costituzionale, detta formula di salvaguardia dovrebbe essere volta ad escludere la diretta applicazione alle autonomie speciali delle disposizioni statali che non siano compatibili con gli statuti speciali e relative norme di attuazione, al di fuori delle particolari procedure previste dai rispettivi statuti (sent. n. 229/2013 e n. 141/2015).*

*Nonostante detta clausola di salvaguardia, la legge in questione reca disposizioni riferite espressamente anche alle Province autonome, sicché la garanzia contenuta nella generale clausola di salvaguardia risulta contraddetta e vanificata dalla dizione testuale di determinate singole disposizioni, di contenuto dettagliato e immediatamente precettivo, per cui non è nemmeno possibile un'interpretazione adeguatrice al fine di renderle compatibili con il rispettivo ordinamento statutario (Corte costituzionale, sent. n. 412/2004, n. 228/2013, n. 40/2016, n. 231/2017, n. 94/2018), con la conseguenza che la clausola di salvaguardia di cui al comma 1130 dell'articolo 1 non garantisce una copertura adeguata.*

*In considerazione delle competenze delle Province autonome attribuite dallo Statuto di autonomia e dalle relative norme d'attuazione, nonché dal Titolo V, parte seconda, della Costituzione, le seguenti disposizioni presentano aspetti di rilevanza istituzionale per l'ordinamento provinciale e profili di contrasto con le competenze provinciali e la sua autonomia finanziaria:*

*articolo 1, commi 865 e 866*

*Il comma 865 dell'articolo 1 dispone che per gli enti del Servizio sanitario nazionale che non rispettano i tempi di pagamento previsti dalla legislazione vigente, le Regioni e le Province autonome provvedono ad integrare i contratti dei relativi direttori generali e dei direttori amministrativi inserendo uno specifico obiettivo volto al rispetto dei tempi di pagamento ai fini del riconoscimento dell'indennità di risultato. La quota dell'indennità di risultato condizionata al predetto obiettivo non può essere inferiore al 30 per cento.*

*Inoltre, viene previsto che la predetta quota dell'indennità di risultato:*

- a) non è riconosciuta qualora l'ente sanitario registri ritardi superiori a 60 giorni oppure in caso di mancata riduzione di almeno il 10 per cento del debito commerciale residuo;*
- b) è riconosciuta per la metà qualora i ritardi siano compresi fra 31 e 60 giorni;*
- c) è riconosciuta per il 75 per cento qualora i ritardi siano compresi fra 11 e 30 giorni;*
- d) è riconosciuta per il 90 per cento qualora i ritardi siano compresi fra 1 e 10 giorni.*

*Il successivo comma 866 prevede che le Regioni trasmettono al Tavolo di verifica degli adempimenti regionali di cui all'articolo 12 dell'intesa tra lo Stato, le Regioni e le Province autonome di Trento e di Bolzano, del 23 marzo 2005, una relazione in merito all'applicazione e agli esiti del comma 865. La trasmissione della relazione costituisce adempimento anche ai fini e per gli effetti dell'articolo 2, comma 68, lettera c), della legge 23 dicembre 2009, n. 191, le cui disposizioni continuano ad applicarsi a decorrere dall'esercizio 2013.*

*In particolare, per quanto riguarda le Regioni a statuto speciale e le Province autonome di Trento e di Bolzano, l'ultimo periodo di tale comma dispone che le stesse relazionano al citato Tavolo sullo stato di applicazione del comma 865.*

*È evidente che trattasi di norme di estremo dettaglio che pongono anche a carico delle Province autonome precisi obblighi e adempimenti.*



A riguardo va anche tenuto conto del comma 858 dell'articolo 1, il quale specifica che le disposizioni di cui ai commi da 859 a 872 costituiscono principi fondamentali di coordinamento della finanza pubblica, ai sensi degli articoli 117, terzo comma, e 119, secondo comma, della Costituzione.

Pur avendo la Corte costituzionale più volte affermato che l'autoqualificazione operata dal legislatore è priva di carattere precettivo e non determina alcun effetto vincolante (sent. n. 121/2014, n. 39/2014, n. 94/2018), dall'analisi delle norme in questione emerge la non correttezza della qualificazione legislativa, in quanto esse, anziché esprimere principi di coordinamento della finanza pubblica, sono norme specifiche e di estremo dettaglio.

Pertanto, le predette disposizioni violano l'autonomia riconosciuta alle Province autonome di Trento e di Bolzano per le seguenti considerazioni.

Lo Statuto di autonomia del Trentino-Alto Adige/Südtirol attribuisce alla Regione potestà legislativa esclusiva in materia di ordinamento degli enti sanitari ed ospedalieri (art. 4, n. 7 St.). Alle Province autonome per Statuto sono attribuite la potestà legislativa esclusiva in materia di organizzazione dei propri uffici e del relativo personale (art. 8, n. 1) St.) e quella concorrente in materia di igiene e sanità, ivi compresa l'assistenza sanitaria ed ospedaliera (art. 9, n. 10) St.) e vi esercita anche la corrispondente potestà amministrativa (art. 16 St.).

Con la riforma del Titolo V della Parte II della Costituzione, l'articolo 117, commi terzo e quarto, della Costituzione, in combinato disposto con l'articolo 10 della legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3, ha confermato la potestà legislativa delle Province autonome, estendendola alla materia "tutela della salute" di portata più ampia, secondo quanto affermato dalla Corte costituzionale con la sentenza n. 328/2006.

Secondo tale sentenza, che richiama anche alcuni precedenti, la sanità è ripartita fra la materia di competenza regionale concorrente della "tutela della salute", che deve essere intesa come "assai più ampia rispetto alla precedente materia assistenza sanitaria e ospedaliera" (sent. n. 181/2006 e n. 270/2005), e quella dell'organizzazione sanitaria, in cui le Regioni possono adottare "una propria disciplina anche sostitutiva di quella statale" (sent. n. 510/2002).

Le relative norme di attuazione allo Statuto di autonomia attribuiscono alla Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol la disciplina del modello di organizzazione delle istituzioni ed enti sanitari, mentre alle Province autonome competono le potestà legislative ed amministrative attinenti al funzionamento ed alla gestione delle istituzioni ed enti sanitari (art. 2 del D.P.R. 28 marzo 1975, n. 474).

In applicazione di questo principio l'articolo 1 della legge regionale 20 gennaio 1992, n. 1 (Norme sulle modalità di gestione delle funzioni dirette alla tutela della salute), prevede che le funzioni dirette alla tutela della salute possano essere gestite mediante aziende speciali con autonomia organizzativa, amministrativa, patrimoniale e contabile, attribuendo alla potestà legislativa delle Province autonome di Trento e di Bolzano la disciplina delle dimensioni, del numero, delle modalità di funzionamento e dell'organizzazione delle predette aziende.

In merito assume particolare rilevanza che il Servizio sanitario provinciale viene finanziato esclusivamente dalle Province autonome di Trento e di Bolzano.

Dispone, infatti, l'articolo 34, comma 3, della legge 23 dicembre 1994, n. 724, che le Province autonome di Trento e di Bolzano, così come la Regione Valle d'Aosta/Vallée d'Aoste, provvedono al finanziamento del Servizio sanitario nazionale nei rispettivi territori, senza alcun apporto a carico del bilancio dello Stato, utilizzando prioritariamente le entrate derivanti dai contributi sanitari (art. 11, comma 9, d.lgs. 30 dicembre 1992, n. 502) e, ad integrazione, le risorse dei propri bilanci.

A riguardo è giurisprudenza costante della Corte costituzionale che non è giustificabile l'imposizione di vincoli di spesa in materia sanitaria a carico di quegli enti che provvedono autonomamente alla copertura delle relative spese.

In particolare, con la sentenza n. 231/2017 la Corte costituzionale ha così statuito:

"9.3.3. ... Questa Corte ha già avuto modo di precisare, con la sentenza n. 251 del 2016, che disposizioni statali che attengono a profili inerenti al trattamento economico (fra le tante, sentenze n. 211 e n. 61 del 2014) o comunque a profili relativi al rapporto di lavoro privatizzato (sentenza n. 72 del 2017), incidono su ambiti riconducibili alla competenza esclusiva del legislatore statale in materia di «ordinamento civile», di cui all'art. 117, secondo comma, lettera l), Cost. Tuttavia, la medesima sentenza ha riconosciuto come sia innegabile che siffatte disposizioni possano essere ascritte anche a competenze statali concorrenti, quali la determinazione dei principi fondamentali in materia di «tutela della salute», di cui all'art. 117, terzo comma, Cost., quando riguardino la disciplina della dirigenza sanitaria; oppure, alla competenza regionale residuale in materia di ordinamento e organizzazione amministrativa – più specificamente, nel presente caso, alla materia dell'organizzazione dei propri uffici e del relativo personale (art. 8, n. 1, dello Statuto) –, quando esse si spingano fino a disciplinare «le procedure concorsuali pubblicistiche per l'accesso al ruolo (così come a tutto il pubblico impiego: sentenze n. 310 del 2011 e n. 324 del 2010), il conferimento degli incarichi (sentenza n. 105 del 2013) e la durata degli stessi» (sentenza n. 251 del 2016).

9.3.4.– Le norme censurate si riconducono altresì a competenze statali in materia di principi fondamentali per

il «coordinamento della finanza pubblica».

In particolare ciò traspare laddove il legislatore statale richiama l'esigenza di una «più efficiente allocazione delle risorse umane disponibili»; dove si riferisce al «contenimento del costo del personale»; dove menziona i «piani di rientro» (comma 541) e, con evidenza ancora maggiore, nel comma 544, dove impone il «rispetto della cornice finanziaria programmata».

Al riguardo deve ricordarsi che la giurisprudenza costituzionale anche recente (sentenze n. 263 e n. 239 del 2015) è costante nel ritenere che i principi di «coordinamento della finanza pubblica» recati dalla legislazione statale si applicano, di regola, anche ai soggetti ad autonomia speciale (sentenza n. 36 del 2004; in seguito, sentenze n. 54 del 2014, n. 229 del 2011, n. 169 e n. 82 del 2007, n. 417 del 2005 e n. 353 del 2004), poiché funzionali a prevenire disavanzi di bilancio, a preservare l'equilibrio economico-finanziario del complesso delle amministrazioni pubbliche e a garantire l'unità economica della Repubblica (sentenza n. 82 del 2015), dato che la finanza delle Regioni a Statuto speciale è parte della finanza pubblica allargata (sentenza n. 80 del 2017). Sulla base di tali considerazioni può ritenersi legittimo l'intervento del legislatore statale che impone agli enti autonomi vincoli alle politiche di bilancio (sentenza n. 191 del 2017), sia quando l'obiettivo perseguito consiste nel contenimento della spesa in sé, sia quando esso – come nel presente caso – consiste nell'incremento della sua efficienza (sentenze n. 192 del 2017 e n. 272 del 2015).

Tuttavia, occorre altresì ricordare che questa Corte ha già più volte affermato (da ultimo, sentenza n. 75 del 2016) che la legge dello Stato non può imporre vincoli alla spesa sanitaria delle Province autonome di Trento e Bolzano, considerato che lo Stato non concorre in alcun modo al finanziamento del servizio sanitario provinciale, il quale si sostiene totalmente con entrate provinciali.

9.4.– Alla luce delle considerazioni fin qui esposte, risulta pertanto palese che le disposizioni impugnate incidono, simultaneamente, su una pluralità di competenze statali, regionali e provinciali, tra loro inestricabilmente connesse, nessuna delle quali si rivela prevalente, ma ciascuna delle quali concorre alla realizzazione del disegno delineato dall'intervento legislativo. Le disposizioni impugnate, come si è detto, sono riconducibili a una pluralità di competenze spettanti al legislatore statale, anche in via esclusiva, come in materia di LEA e «ordinamento civile», o concorrente, come in materia di «tutela della salute» e «coordinamento della finanza pubblica». L'esercizio di tali competenze, tuttavia, non può giustificare l'imposizione di vincoli di spesa in materia sanitaria a carico di quegli enti che provvedono autonomamente alla copertura delle relative spese. Pertanto, le questioni sollevate dalla Provincia autonoma di Trento e dalla Provincia autonoma di Bolzano in riferimento all'art. 1, commi 541 (nella parte residua), 542, 543 e 544, devono ritenersi non fondate, a condizione che tali impugnate disposizioni siano interpretate nel senso che si applicano alle due Province senza porre limiti alla loro autonomia in punto di spesa sanitaria, in quanto non finanziata dallo Stato.»

Ma, quand'anche le disposizioni di cui al comma 865 costituissero principi fondamentali di coordinamento della finanza pubblica, va considerato che nelle materie attribuite per Statuto alla competenza delle Province autonome, specifiche norme di attuazione statutaria (art. 2 d.lgs. 16 marzo 1992, n. 266, recante «Norme di attuazione dello statuto speciale per il Trentino-Alto Adige concernenti il rapporto tra atti legislativi statali e leggi regionali e provinciali, nonché la potestà statale di indirizzo e coordinamento») prevedono a carico delle medesime solamente un obbligo di adeguamento della propria legislazione ai principi e norme costituenti limiti indicati dagli articoli 4 e 5 dello Statuto di autonomia e recati da atto legislativo dello Stato entro i sei mesi successivi alla pubblicazione dell'atto medesimo nella Gazzetta Ufficiale o nel più ampio termine da esso stabilito e che nel frattempo restano applicabili le disposizioni legislative provinciali preesistenti. Tale meccanismo è richiamato anche dal comma 4 dell'articolo 79 dello Statuto.

In merito a tale norma, la Corte costituzionale con la sentenza n. 380/1997 si è così espressa:

„L'art. 2 del d.lgs. n. 266 del 1992, dettando la disciplina sopra richiamata in ordine ai rapporti fra legislazione statale e legislazione provinciale, vieta al legislatore statale - salvo che negli ambiti in cui il comma 4 del medesimo art. 2 fa salva l'immediata applicabilità delle leggi statali (leggi costituzionali, e atti legislativi nelle materie in cui alla Provincia è attribuita delega di funzioni statali o potestà legislativa integrativa) - di attribuire alle norme da esso dettate nelle materie di competenza provinciale immediata e diretta applicabilità, prevalente su quella della legislazione provinciale preesistente, nel territorio delle Province autonome.

Le norme di attuazione garantiscono in tal modo alla Provincia uno spazio temporale per procedere all'adeguamento della propria legislazione ai vincoli che, in forza dello statuto, discendono dalle nuove leggi statali, ed escludono che in pendenza di tale adeguamento (...) l'applicabilità delle norme di fonte statale si sostituisca automaticamente a quella delle norme provinciali. Da ciò anche la previsione della possibilità per il Governo nazionale di impugnare, entro un ulteriore termine decorrente dalla scadenza di quello per l'adeguamento, la legislazione provinciale che non sia stata adeguata ai nuovi vincoli (...).

Questo sistema comporta che una legge statale, dettata in materia di competenza provinciale, in ambito diverso da quelli previsti dal comma 4 del predetto art. 2, la quale pretenda di far valere immediatamente e direttamente la propria efficacia anche nel territorio delle Province autonome, prevalendo sulla legislazione

provinciale previgente, debba ritenersi illegittima, per violazione della norma di attuazione statutaria – non derogabile dalla legge ordinaria dello Stato (sentenze nn. 38 e 40 del 1992; n. 69 del 1995) - nella parte in cui viene ad essa attribuita tale efficacia.

Resta tuttavia fermo che la legge statale sopravvenuta, nei limiti in cui contenga nuovi principi o nuove norme vincolanti, in forza dello statuto, nei confronti del legislatore provinciale, obbliga quest'ultimo a procedere al relativo adeguamento, entro il termine stabilito; e che il mancato adeguamento entro tale termine dà luogo alla sopravvenuta illegittimità costituzionale della legislazione provinciale non adeguata, suscettibile di essere fatta valere, oltre che - in ogni tempo - in via incidentale nei giudizi nei quali essa sia destinata a trovare applicazione, in via principale su ricorso del Governo nazionale, ai sensi dell'art. 97 dello statuto speciale e dell'art. 2, commi 2 e 3, del d.lgs. n. 266 del 1992."

È evidente che le disposizioni di cui al comma 865 dell'articolo 1 sono comunque incompatibili con tale principio statutario che disciplina l'adeguamento della legislazione provinciale a norme di principio vincolanti, principio che è stato di recente confermato dalla Corte costituzionale con la sentenza n. 198/2018.

La Corte costituzionale ha anche dichiarato l'illegittimità di norme statali ricondotte alla materia della tutela della salute, qualificate dal legislatore come direttamente applicabili alle Province autonome, per il contrasto ravvisato con il predetto principio (sentenza n. 301/2013).

In ogni caso, la Provincia autonoma di Bolzano ha esercitato le proprie competenze, disciplinando l'organizzazione del Servizio sanitario provinciale con la legge provinciale 21 aprile 2017, n. 3, recante "Struttura organizzativa del Servizio sanitario provinciale". Tale legge provinciale disciplina anche il monitoring ed il controlling dell'Azienda Sanitaria dell'Alto Adige nonché le modalità di valutazione dei componenti della direzione dell'Azienda stessa, anche ai fini della corresponsione di eventuali indennità di risultato. Inoltre, è previsto che nella valutazione si debba tenere conto del raggiungimento degli obiettivi sanitari e dell'equilibrio economico dell'Azienda, anche in relazione alla garanzia dei livelli essenziali di assistenza erogata in condizioni di appropriatezza, efficienza, efficacia, qualità e sicurezza

Le norme di cui al comma 865 dell'articolo 1 della legge di bilancio statale, in quanto contengono norme di dettaglio ovvero misure puntuali, quali precetti direttamente vincolanti anche per le Province autonome, e non solo principi fondamentali di coordinamento della finanza pubblica, sono lesive della potestà legislativa, regolamentare ed amministrativa delle Province autonome in materia di organizzazione dei propri uffici e del relativo personale nonché di tutela della salute e di assistenza sanitaria che comprende l'organizzazione del servizio sanitario, dell'autonomia finanziaria delle medesime, anche di spesa, nel settore sanitario. Inoltre, sono in contrasto con la disciplina di rango costituzionale recante l'obbligo di adeguamento della legislazione delle Province autonome alle norme di principio in luogo della diretta applicazione della normativa statale.

Va ancora una volta ribadito che sono illegittime le norme statali che non si articolano in enunciati generali riconducibili alla categoria dei principi, ma pongono in essere una disciplina di dettaglio e che lo Stato non ha titolo per dettare norme di coordinamento finanziario che definiscano le modalità di contenimento di una spesa sanitaria interamente sostenuta dalle Autonomie speciali che vi provvedono (sent. n. 125/2015 e n. 231/2017).

In ogni caso, i rapporti finanziari tra lo Stato e le Province autonome sono disciplinati dall'accordo sottoscritto in data 15 ottobre 2014, che ha definito, in modo esaustivo, la natura e misura della partecipazione delle Province autonome ai processi di risanamento della finanza pubblica e l'entità del concorso agli obiettivi di finanza pubblica assicurati dalla Regione e dalle Province autonome (Corte costituzionale, sent. n. 103/2018).

Va anche considerato che il Titolo VI dello Statuto di autonomia riconosce alla Regione ed alle Province autonome una particolare autonomia di carattere finanziario. L'articolo 79 definisce in modo esaustivo i termini e le modalità del concorso delle Province autonome al conseguimento degli obiettivi di perequazione e di solidarietà, nonché all'assolvimento degli obblighi di carattere finanziario posti dall'ordinamento comunitario, dal patto di stabilità interno e dalle altre misure di coordinamento della finanza pubblica stabilite dalla normativa statale, per cui non si applicano le misure adottate per le regioni e per gli altri enti nel restante territorio nazionale.

Prevede, in particolare il comma 4 di detto articolo che le Province autonome provvedono per gli enti del sistema territoriale regionale integrato (tra cui rientrano anche gli enti del servizio sanitario provinciale) alle finalità di coordinamento della finanza pubblica contenute in specifiche disposizioni legislative dello Stato, adeguando la propria legislazione secondo quanto previsto dal citato articolo 2 d.lgs. n. 266/199 e, quindi, adottando autonome misure di razionalizzazione e contenimento della spesa. Anche la giurisprudenza costituzionale consolidata ha riconosciuto con specifico riferimento all'organizzazione sanitaria, nonché all'autonomo finanziamento della spesa sanitaria da parte delle Province autonome, l'esclusione di queste ultime dall'operatività diretta delle norme statali di coordinamento della finanza pubblica nella materia.

In merito la Corte costituzionale, con sentenza n. 103/2018, ha precisato che l'accordo concluso tra il Governo, la Regione autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol e le Province autonome di Trento e di Bolzano in data 15 ottobre 2014 ai sensi dell'articolo 104 dello Statuto di autonomia è l'unico (tra quelli conclusi nel medesimo periodo da tutte le autonome speciali) a godere di una particolare stabilità, in quanto, nel ridefinire

complessivamente, fino al 2022, i rapporti finanziari tra lo Stato ed i predetti enti, esclude la possibilità di modifiche peggiorative, salvo esigenze eccezionali di finanza pubblica e per importi predeterminati già nelle clausole del patto. Esso, dunque, è l'unico che subordina espressamente l'imposizione di ulteriori contributi al risanamento della finanza pubblica al ricorrere di specifiche condizioni, idonee a limitare il potere unilaterale dello Stato perfino sotto il profilo dell'an.

Le norme censurate sarebbero in ogni caso illegittime, perché sono state emanate senza alcuna forma di intesa o di collaborazione con le Province autonome e, quindi, si pongono comunque in contrasto con i predetti parametri statutari e con il principio costituzionale di leale collaborazione.

Pertanto, i commi 865 e 866 dell'articolo 1 si pongono anche in contrasto con il Titolo VI dello Statuto di autonomia, ed in particolare con l'articolo 79, con gli articoli 103, 104 e 107 del medesimo Statuto, nonché con il principio di leale collaborazione.

Per questi motivi, alle Province autonome non può nemmeno essere imposto l'obbligo di relazionare al Tavolo di verifica degli adempimenti regionali di cui all'articolo 12 dell'intesa tra lo Stato, le Regioni e le Province autonome di Trento e di Bolzano, del 23 marzo 2005, sullo stato di applicazione del comma 865, partecipando lo stesso a tale Tavolo a mero titolo collaborativo, per cui risultano violati anche il principio di leale collaborazione e della ragionevolezza. Oltretutto la richiamata Intesa contiene un'espressa disposizione di salvaguardia della specialità delle Province autonome.

Per quanto sin qui esposto, si rende necessario impugnare le predette disposizioni statali dinnanzi alla Corte costituzionale.

Essendo, quindi, le predette disposizioni lesive delle dette competenze provinciali, della potestà regolamentare della Provincia, delle correlative norme statutarie e di attuazione, dell'autonomia finanziaria della Provincia, di diverse norme della Costituzione, anche in combinato disposto con l'articolo 10 della legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3, nonché dei principi della ragionevolezza e della leale collaborazione, la Giunta provinciale, stante l'urgenza, si è avvalsa del potere di cui all'articolo 54, comma 1), cifra 7), dello Statuto di autonomia e con deliberazione n. 110 del 26 febbraio 2019 ha deliberato di impugnare dinanzi alla Corte Costituzionale l'articolo 1, commi 865 e 866 nonché commi 965, 966 e 967, della legge 30 dicembre 2018, n. 145 (Bilancio di previsione dello Stato per l'anno finanziario 2019 e bilancio pluriennale per il triennio 2019-2021).

Confido che codesto On.le Consiglio provinciale voglia condividere l'operato della Giunta provinciale e, quindi, ratificare la sua deliberazione n. 110 del 30 agosto 2017.

### **Beschlussvorschlag/Proposta di deliberazione**

Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 26. Februar 2019, Nr. 110:

Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Gesetzes vom 30. Dezember 2018, Nr. 145 (Haushaltsvoranschlag des Staates für das Finanzjahr 2019 und Mehrjahreshaushalt für den Dreijahreszeitraum 2019-2021).

Nach Einsichtnahme in den Beschluss der Landesregierung Nr. 110 vom 26. Februar 2019, der im Dringlichkeitswege im Sinne des Art. 54 Ziffer 7 des Autonomiestatutes gefasst wurde und Folgendes zum Inhalt hat:

Verfassungsgerichtshof – Anfechtung des Gesetzes vom 30. Dezember 2018, Nr. 145 (Haushaltsvoranschlag des Staates für das Finanzjahr 2019 und Mehrjahreshaushalt für den Dreijahreszeitraum 2019-2021);

nach Einsichtnahme in Art. 54 Ziffer 7 und Art. 98 des Autonomiestatutes;

nach Einsichtnahme in das Gesetz vom 30. Dezember 2018, Nr. 145;

angesichts der Stichhaltigkeit der für die Anfechtung angeführten Gründe;

nach Einsichtnahme in Art. 127 der Verfassung, in Art. 10 des Verfassungsgesetzes vom 18. Oktober 2001, Nr. 3, und in Art. 32 des Gesetzes vom 11. März 1953, Nr. 87;

nach Einsichtnahme in Art. 84 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages;

dies vorausgeschickt,

beschließt der Südtiroler Landtag

in der Sitzung vom ... mit ...

1. im Sinne und für die Wirkungen gemäß Artikel 54 Ziffer 7 und Artikel 98 des Autonomiestatutes die Vorgangsweise der Landesregierung zu ratifizieren, wie sie aus dem in den Prämissen erwähnten Beschluss ersichtlich ist.

-----

### **Proposta di deliberazione**

Ratifica della deliberazione della Giunta provinciale del 26 febbraio 2019, n. 110:

Corte Costituzionale – impugnazione della legge 30 dicembre 2018, n. 145 (Bilancio di previsione dello Stato per l'anno finanziario 2019 e bilancio pluriennale per il triennio 2019-2021).

Vista ed esaminata la deliberazione della Giunta provinciale n. 110 del 26 febbraio 2019, adottata in via d'urgenza ai sensi dell'art. 54, numero 7, dello Statuto di autonomia, avente per oggetto:

*Corte costituzionale – impugnazione della legge 30 dicembre 2018, n. 145 (Bilancio di previsione dello Stato per l'anno finanziario 2019 e bilancio pluriennale per il triennio 2019-2021);*

*visti gli artt. 54, numero 7, e 98 dello Statuto di autonomia;*

*vista la legge 30 dicembre 2018, n. 145;*

*ritenuti validi tutti i motivi addotti a sostegno dell'impugnazione;*

*visti l'art. 127 della Costituzione, l'art. 10 della legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3, e l'art. 32 della legge 11 marzo 1953, n. 87;*

*visto l'art. 84 del Regolamento interno del Consiglio provinciale;*

*ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano delibera*

*nella seduta del ... con ...*

*1. di ratificare ai sensi e per gli effetti di cui all'articolo 54, numero 7, e di cui all'articolo 98 dello Statuto di autonomia, l'operato della Giunta provinciale, così come posto con la deliberazione citata nelle premesse.*

Ich ersuche nun den Landeshauptmann, diesen Antrag zu erläutern. Bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Danke, Herr Präsident. Ich werde wohl nicht zehn Minuten brauchen, den Antrag zu erläutern. Die Unterlagen sind Ihnen übermittelt worden. Worum geht es? Zunächst die Erklärung zur Dringlichkeitssitzung. Eigentlich müsste es reichen, dass die Landesregierung eine Anfechtung beschließt und den Rekurs hinterlegt und dann der Landtag anschließend im Zuge des Verfahrens diesen ratifiziert. Allerdings ist es inzwischen ständige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes, dass die Ratifizierung bereits vor Rekurs hinterlegung durch den Landtag erfolgen muss. Wir wollen nicht riskieren, dass unsere Verfassungsbeschwerde als nicht zulässig erklärt wird, weil sie nicht vorher ratifiziert worden ist. So viel zu Erklärung, warum wir diese Dringlichkeit haben, die Ratifizierung vorher vorzunehmen. Das entspricht unserer Auffassung nach nicht dem Geiste der Bestimmungen, aber es ist leider so und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Der Verfassungsgerichtshof hat dann keinen mehr, wo man danach noch einmal Beschwerde einreichen kann. Der sieht das anders und deshalb müssen wir uns entsprechend daranhalten.

Zum Thema selbst, es geht um Bestimmungen im Finanzgesetz. Im Artikel 1, in den Absätzen 865 und 866 - Sie wissen ja, das Finanzgesetz besteht in der Regel aus einem ewig langen Artikel -, geht es um Regelungen bezüglich von Zielerreichung im Gesundheitswesen. Ziele, die definiert sind, die wir durchaus teilen. Es geht darum, dass man Zahlungsfristen einhält, dass man als Verwaltung schnell und effizient arbeitet. Das sind Ziele, die absolut geteilt sind. Aber es geht hier darum, dass es der Staat ist, der dann bei allfälliger Nichterreichung dieser Ziele direkt in unseren Gesundheitsbetrieb eingreift und Maßnahmen setzt bzw. es geht auch darum, dass wir hier eine Detailregelung erfahren, die über grundsätzliche Bestimmungen, wie sie der Staat schon erlassen kann in diesem Bereich, weit hinaus gehen. An und für sich wäre die Thematik nicht weltbewegend, aber es geht um ein Prinzip. Wenn wir das hier zulassen würden, dann haben wir das nächste Mal eine Situation, wo der Staat eingreift und sagt, das regle ich in Bozen auch so. Wir können dann nicht plötzlich sagen, wir wehren uns. Da würde der Staat darauf verweisen, dass wir uns das letzte Mal auch nicht gewehrt hätten. Grundsatz: Wir haben organisatorisch eindeutig die Zuständigkeit für das Gesundheitswesen. Das eine sind die Ziele, das andere wie sie erreicht werden, deshalb wollen wir diese Bestimmungen anfechten, sodass wir es selbst sind, die regeln, was in den Fällen, wo die Ziele nicht erreicht werden, dann auch zu geschehen hat. Das ist klar, dass wir dann auch die Ziele der Effizienz erreichen wollen, aber das regelt das Land mit autonomer Gesetzgebung. Darum geht es. Deshalb der Vorschlag, diese Bestimmungen anzufechten.

Zur Schutzklausel. Es ist in diesem Finanzgesetz selbstverständlich eine Schutzklausel enthalten. Nachdem diese Bestimmungen in den Absätzen weiter unter dezidiert sagen: „auch in den autonomen Provinzen“, erscheint es uns nicht ausreichend. Wir laufen Gefahr, dass auch die Gerichte das so sehen und sagen, sie verweisen auf die generelle Schutzklausel. Deshalb müssen wir hier dezidiert sagen, das wendet sich bei uns nicht an.

Ich möchte noch für das Erscheinen hier in dieser außerordentlichen Sitzung danken und ich ersuche um die Zustimmung zu dieser Verfassungsbeschwerde, damit wir die autonomen Zuständigkeiten unseres Landes wahren können.

**PRÄSIDENT:** Danke, Herr Landeshauptmann. Wir kommen nun zu den Wortmeldungen. Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia):** Grazie presidente. La vicenda dei contenziosi davanti alla Corte Costituzionale ormai è una vicenda antica che adesso si riaffaccia anche all'inizio di questa legislatura, contenziosi costituzionali legati all'interpretazione rispetto alle prerogative dello Stato piuttosto che della Provincia autonoma di Bolzano.

A sul tempo abbiamo peraltro anche più volte proposto – credo che potrebbe essere opportuno rifarlo anche in questa legislatura – una sorta di tavolo di conciliazione prima dei ricorsi, cioè del giudizio davanti alla Corte Costituzionale, per verificare sostanzialmente l’attinenza e il valore delle singole norme approvate – sia dallo Stato che dalla Provincia autonoma di Bolzano – in rapporto alle rivendicazioni di competenza dell’altro ente, quindi un luogo nel quale si possa, prima di dover poi ricorrere alla Corte Costituzionale, trovare l’intesa sui rispettivi limiti e ambiti di intervento. Io credo che questa misura sarebbe quantomeno opportuna da un punto di vista politico, credo che anche tecnicamente sia difficile pensare che debba essere legislativamente previsto un tavolo di conciliazione di questo tipo.

Secondo aspetto, presidente: è l’inizio di una nuova legislatura, dove peraltro stiamo prendendo le misure rispetto al ruolo delle singole componenti politiche, dalla Volkspartei al governo della Provincia di Bolzano e all’opposizione a livello nazionale – era molto più organica la scorsa legislatura – la Lega invece è parte del Governo nazionale, queste misure quindi rientrano in misure dell’attuale Governo e si impugnano delle misure dell’attuale governo rispetto alle autonomie speciali.

All’inizio di questa legislatura, quindi senza pregiudiziali, vogliamo inquadrare questa tematica e mi rivolgo quindi al presidente, al vicepresidente e ai componenti della Giunta per verificare esattamente che poi nel corso della legislatura non ci debba essere questo stillicidio di contrasti che alla fine producono peraltro – possiamo anche dirlo incidentalmente – un enorme costo dal punto di vista non solo politico-amministrativo, ma anche economico, considerato che nel passato abbiamo fatto le nostre statistiche rispetto ai costi dei contenziosi costituzionali, oltre a creare problemi, disfunzioni e quant’altro. Quindi vogliamo collocare questo episodio all’interno di un nuovo rapporto che va definito tra Provincia di Bolzano e Stato sulla tutela delle rispettive prerogative, quindi quelle statali ma anche quelle dell’autonomia. Grazie

**NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Grazie presidente. Come avete detto non è una cosa di estrema importanza, comunque noi non ravvisiamo l’opportunità di fare questo tipo di ricorsi, un po’ dal punto di vista formale, perché non sono soltanto i 3.000 euro che vanno all’avvocato ma riunirci tra di noi costa molto di più, e poi non vedevo l’opportunità per due cose: una perché è stata votata questa finanziaria a grandissima unanimità anche dagli appartenenti a questa Giunta, non era un argomento divisivo fra il Movimento 5 Stelle e la Lega questo della finanziaria, quindi è un ricorso quasi contro una vostra parte di Governo, e seconda cosa il punto è proprio anche di sostanza, qui si tratta di discutere su dei *bonus* alla dirigenza sanitaria e io credo che non sia questione di premiare i nostri dirigenti sanitari perché abbiamo il costo *pro capite* della nostra sanità più alto d’Italia e la prestazione non è sicuramente soddisfacente, quindi cerchiamo di lavorare più sulla sostanza e non sui *bonus* della dirigenza sanitaria.

In più noi stiamo svegliando un po’ questa pratica dei ricorsi, finora il Governo non ha fatto ancora ricorsi, però probabilmente presto potrà anche essere il nostro Governo a iniziare a fare ricorsi sulle nostre leggi provinciali. Grazie.

**KÖLLENSPERGER (Team Köllensperger):** Wir vom Team Köllensperger werden diese Ratifizierung unterstützen, weil es hier um ein Prinzip geht. Der Staat greift hier nämlich in eine autonome Zuständigkeit des Landes Südtirol ein und wir sollten uns hier mit Recht dagegen wehren. Inhaltlich können wir die Bestimmungen der beiden zitierten Artikel 865 und 866 durchaus teilen. Wir haben damit kein Problem. Ich habe bereits in der letzten Legislatur vorgeschlagen, dass die Generaldirektoren durchaus einen Teil des Gehaltes als Ergebniszulage ausbezahlt bekommen, nicht nur für die Einhaltung von Zahlungsfristen, auch für die Einhaltung von Wartezeiten, usw. Deswegen werden wir vorschlagen, im Laufe der Legislatur das ins Dreiergesetz einzuarbeiten. Nichts desto trotz werden wir hier heute die primäre Zuständigkeit des Landes Südtirol mit dieser Ratifizierung, dieser Anfechtung unterstützen und die unzulässige Einmischung des Staates in Detailregelungen, die uns zustehen und nicht ihm, hier ablehnen.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wann immer der Staat sich in die Zuständigkeiten unserer Autonomie einmischt, wenn auch nur der Verdacht besteht, dann ist es nicht nur unsere Aufgabe, sondern unsere Pflicht dagegen zu rekurrieren und unsere Rechte zu verteidigen. Ich wundere mich schon ein bisschen über die Aussagen, dass unser Gesundheitssystem so viel kostet. Ich möchte unser Gesundheitssystem nicht mit dem italienischen Gesundheitssystem vergleichen. Wenn der Staat meint, dass unser System schlechter wäre, weil es so viel kostet, dann sollte sich der Staat einmal bemühen, hierher zu kommen. Es gibt italienische Krankenhäuser, in denen sich die Patienten selbst versorgen müssen. Von dem sind wir in Südtirol weit entfernt. Von diversen sanitären Zuständen in italienischen Krankenhäusern möchte ich gar nicht sprechen. Ich möchte aber den Landeshauptmann bei dieser Gelegenheit bitten - es geht zwar nicht um das Finanzgesetz, aber in diesem Zusammenhang, weil es um den Gesundheitsbereich geht -, uns ganz kurz Auskunft zu geben, aus aktuellem Anlass, weil von den Medien wieder kolportiert wurde, dass vonseiten der italienischen Regierung abermals die Facharztausbildung in den Südtiroler Spitälern in Frage gestellt wird. Hier würde ich den Landeshauptmann bitten, dass er uns ganz kurz etwas zum Stand der Dinge sagt. Ich glaube auch in diesem Zusammenhang dürfen wir nicht schweigen, denn die Facharztausbildung laut österreichischem Vorbild in unseren Krankenhäusern ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass wir unser Gesundheitssystem auch

in Zukunft noch aufrechterhalten können, wenn wir wollen, dass Jungmediziner aus Südtirol nach ihrem Studium in Österreich nach Südtirol zurückkehren. Denn wer seine Facharztausbildung nicht in Südtirol macht, der „läuft halt Gefahr“ von einem anderen Krankenhaus abgeworben zu werden oder an dem Krankenhaus, an dem er seine Fachausbildung macht, gleich dort zu bleiben. In dem Zusammenhang würde ich den Landeshauptmann bitten, kurz Auskunft zu geben.

**STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Die Ordnung des Gesundheitssystems geht zurück auf das Autonomiestatut, war ursprünglich Zuständigkeit der Region und wurde dann an die Länder delegiert. Deswegen auch die Frage, bevor ich sage, dass wir als Grüne Fraktion diese Initiative unterstützen werden, weil es um eine Prinzipsache geht, und wir natürlich auch die Autonomie voll und ganz in diesem Sinne bewahren wollen. Die Frage geht an den Landeshauptmann. Wie verhält sich die Nachbarprovinz Tient? Gibt es eine Absprache? Wurde es mit der Nachbarprovinz Trient strategisch abgesprochen oder gibt es unterschiedliche Wege bzw. Vorstellungen? Ansonsten möchte ich betonen, dass wir die Initiative unterstützen werden.

**LEITER REBER (Die Freiheitlichen):** Ja von unserer Seite ist es klar, dass wir dieser Ratifizierung zustimmen. Immer dann, wenn der Staat in unsere Kompetenzen eingreift bzw. auch nur, wenn er androht einzugreifen,.... Ich muss auch sagen, dass es mich wundert, wenn man hier den Vergleich zieht und nicht so viel autonomiepolitische DNA in sich hat, das mittragen zu können und sich mit dem italienischen Gesundheitssystem vergleicht. Das ist eine grundlegende Entscheidung, die wir hier treffen.

**VETTORI (Lega Alto Adige – Südtirol):** Grazie presidente. Bisogna ricordare che, al di là di quelle che sono le dinamiche nazionali, questa delibera va votata perché sancisce quello che è il diritto sacrosanto della nostra autonomia e quindi bisogna fare un attimo attenzione a ricordare quello che sono le tematiche sanitarie non direi nazionali, ma forse venete, ogni tanto si fa qualche difficoltà a ricordarsi che il Veneto ha un ordinamento, il nostro è un altro anche se poi gli *input* che tra *web* e alcuni discorsi che vengono fatti qua in aula portano alcuni consiglieri magari a fare un attimo confusione e dimenticare quello che è la sanità altoatesina.

Un piccolo appunto al cons. Nicolini: non è che qua spendiamo soldi come in un consiglio comunale con dei gettoni di presenza, noi possiamo fare tutte le riunioni che vogliamo durante il mese, perché quello che prendiamo è quello che a fine mese ci ritroviamo tutti quanti nei conteggi di busta paga, non è che i cittadini per un Consiglio straordinario come quello di oggi spendono di più di quello che si spende durante i Consigli normali messi a calendario, c'è un po' di differenza tra il Consiglio provinciale e il consiglio comunale, ma mi rendo conto che se non si è vissuto un consiglio comunale in tutta la vita, forse ci sono delle dinamiche un attimo che non vengono colte. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Danke. Wir kommen nun zur Replik des Landeshauptmannes. Bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich versuche auf die in Zusammenhang mit den Wortmeldungen aufgeworfenen Fragen zu antworten. Zunächst zum Kollegen Urzi, der jetzt den Saal verlassen hat, er hat von einem „tavolo di conciliazione“ gesprochen. Es ist so, dass wir ständig mit der Regierung in Kontakt und Verhandlung sind, weil wir immer, wenn auf staatlicher Seite Bestimmungen erlassen werden, mit involviert sind. Einmal in der Regionenkonferenz, wo wir teilnehmen, wo wir uns auch einbringen. Es ist so, dass es in jeder Sitzung Punkte gibt, wo wir uns einbringen und sagen, einen Moment bitte, hier braucht es eine Klausel, die ausdrücklich festhält, dass das in Südtirol nicht gilt. Die wird in der Regel auch angenommen. Es ist nicht Gegenstand der Berichterstattung, das ist etwas ganz Selbstverständliches. Inzwischen ist es so, wenn ich in der Regionenkonferenz sitze und die Hand hebe, meistens der Präsident sagt, klar, Kollege Kompatscher, Ihre Schutzklausel kommt auch hinein. Es ist so, dass üblicherweise die Schutzklausel da ist, es aber immer wieder passiert, und wir können darüber streiten, ob bewusst oder unbewusst, - ich glaube durchaus manchmal auch bewusst - dass es Absicht ist, dass sie eben nicht drin ist, obwohl alle wissen müssten, dass das jetzt eine Zuständigkeit Südtirols ist. Hier müssen wir hineinschreiben, dass das in Südtirol nicht gilt. Da müssen wir halt sagen, Moment, hineinschreiben. In der Regel passiert das auch. Aber es reicht, wenn z.B. bei 100 Tagesordnungspunkten im Monat das zweimal nicht passiert, dass wir dann ein Problem haben. Hier ist es einmal mehr, dass es im Vorfeld nicht funktioniert hat, Kollege Urzi. Es passiert halt, dass manchmal etwas durchrutscht und dann versucht man es noch in der Abgeordnetenversammlung, im Senat, im Zuge der Genehmigung, im Zuge eines Abänderungsantrages zu machen. Da geht es auch meistens gut, da wird ein Abänderungsantrag angenommen. Unsere Abgeordneten sagen dann, Moment bitte, eine Klärung, in Südtirol wendet sich das nicht an. Das Problem ist dann, wenn dort die Vertrauensabstimmung gemacht wird und alle Abänderungsanträge somit hinfällig werden - das wissen Sie, das ist ein Prozedere, das im Parlament häufig stattfindet -, dann haben wir ein Problem. Also wenn es zuerst nicht gelungen ist im Ministerium, nicht gelungen ist in der Regionenkonferenz, in der Kammer dann die Vertrauensfrage gestellt wird, dann passieren diese Dinge. Das nur zur Erläuterung. Dann haben wir Situationen, die wir anfechten müssen. Ich denke, den Fachleuten im Ministerium ist

durchaus bewusst, dass wir dieses Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof gewinnen werden. Das ist eindeutig eine Verletzung unserer Autonomie. Hier versuchen wir es so gut wie möglich zu vermeiden, nicht immer aus den beschriebenen Gründen gelingt es.

In Bezug auf Mehrheit und Opposition: Es wird aus den genannten Gründen, da die Normen sehr oft auf technischer Ebene in den Ministerien vorbereitet werden, weil sie sehr oft technischer Natur sind, die sind oft nicht politischen Inhalts, das ist eindeutig nicht eine ideologisch politische Diskussion, das glaube ich, stellen alle fest, es ist gesagt worden, die Zielsetzung wird von allen geteilt. Es geht darum, wer zuständig ist. Das Trentino ficht auch an. Obwohl auch Präsident Fugatti sogar Teil der Regierung war, aber man sieht diese Bestimmungen sind bereits im Vorfeld vorbereitet gewesen, die sind wahrscheinlich schon unter der Vorgängerregierung ausgearbeitet worden und dann in dieses Dekret eingeflossen. Hier geht es nicht um Mehrheit oder Minderheit, hier geht es um technische Bestimmungen. Selbst wenn es so wäre, wenn Südtirols Autonomie beeinträchtigt ist, dann fechten wir an, egal ob es Freund oder Feind ist. Das ist auch klar.

Die Facharztausbildung, Kollege Knoll, ist an und für sich vom Ministerium nicht, vom Minister nicht, von der Regierung nicht in Frage gestellt. Es ist hingegen doch immer wieder auf gewerkschaftlicher Ebene, eine Gewerkschaft im Besonderen, die indirekt die Facharztausbildung direkt das damit einhergehende Einstellungsverhältnis in Frage stellt mit dem Vorwand es wäre ein unlauterer Wettbewerb, hier würde jene, die die Facharztausbildung nach österreichischem Modell wählen, bevorzugt gegenüber jenen, die die italienische Facharztausbildung machen, weil es zu einem bezahlten Arbeitsverhältnis kommt. Das gefällt dieser Gewerkschaft nicht. Wir haben x-mal dargelegt im Ministerium, dass es so seine Richtigkeit hat, dass es durchaus die Möglichkeit gibt, für die Bewerber, die eine Universität in Italien besucht haben, in dieses Modell einzusteigen. Es ist also nicht diskriminierend. Jeder kann in dieses Modell der Facharztausbildung einsteigen und das ist vom Ministerium auch so geteilt worden. Wir haben immer wieder die Versuche da, das irgendwie schlecht zu machen. Ich weiß nicht, vielleicht ist denen auch unsere Autonomie ein Dorn im Auge. Es gibt aber unter den Ärztinnen und Ärzten im Gesundheitsbetrieb, gerade auch in Bozen sprachgruppenübergreifend einen Konsens, dass das eine gute Sache ist und dass es unbedingt zu verfolgen ist. Es gibt diese Gewerkschaft, die hier ständig versucht ein Haar in der Suppe zu suchen. Wir sind überzeugt, dass wir mit dem Notenwechsel mit den Abstimmungen auf Ministerialebene auch mit den staatlichen Bestimmungen mit den Landesbestimmungen wirklich alles sauber aufgestellt haben, so dass keine Gefahr besteht und wir das Programm gänzlich durchziehen können. Es laufen ja bereits die Einschreibungen.

Trient habe ich schon genannt, Trient zieht hier mit. Ich hoffe damit, die Fragen beantwortet zu haben.

**PRÄSIDENT:** Vielen Dank, Herr Landeshauptmann. Wir kommen nun zur offenen Abstimmung. Die Kontrolle, ob alle ihre Karte eingelegt haben, in Zukunft werden wir das im Vorfeld machen.

Ich eröffne die Abstimmung: genehmigt mit 29 Jastimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung.

Ich danke allen Anwesenden. Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Ore 9.30 Uhr**



**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:  
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

KNOLL (14)  
KÖLLENSPERGER (14)  
KOMPATSCHER (13, 15)  
LEITER REBER (15)  
NICOLINI (14)  
STAFFLER (15)  
URZI' (13)  
VETTORI (15)